genug sozialpolitisches Verständnis und genug Einfluß auf die Unternehmerorganisation besitzen.

Was die bürgerliche Presse in ihrer Stellungnahme zu dem Kampf im Baugewerbe angeht, so zeigt sich ein recht charakteristischer Unterschied zwischen der Haltung der nationalliberalen und der linksliberalen Presse. Das Berliner Tageblatt und die Frankfurter Zeitung würdigen sachlich die Situation. Das letztere Blatt betont scharf und richtig, daß die Unternehmer von vornherein die Absicht zum Kampf und zur Niederwerfung der Arbeiterorganisationen bekundet haben; auch die Forderungen der Unternehmer zeigen, daß sie keinen Frieden wollen, sie sind einseitig, übertrieben, unmöglich. Die nationalliberale Kölnische Zeitung dagegen zeigt wieder ihr unternehmerfreundliches Herz. Sie redet von der „Mäßigung auf der Seite der Unternehmer", von dem „gewalttätigen Vorgehen" der Arbeiter, von der „verführten Arbeiterschaft" u. s. f. Es fallen alle sozialpolitischen Masken der nationalliberalen Herrschaften, sobald einmal eine ernsthafte Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit eintritt!

* * *

Der Vorsitzende des Zentralverbandes der christlichen Arbeiter Deutschlands, Wiedeberg, äußerte sich über die Situation wie folgt:

„Nachdem der Bund der Arbeitgeber auf eine recht stattliche Anzahl von Mitgliedern herangewachsen ist, wollen die Unternehmer anscheinend ihre Macht zeigen und eine Aussperrung über ganz Deutschland verhängen. Ich glaube aber kaum, daß diese rigorose Maßregel für die Bauherren von großem Nutzen sein wird, da die Konjunktur — abgesehen von Berlin und einigen anderen Orten — im allgemeinen recht günstig ist. Außerdem sind unsere Organisationen nicht unvorbereitet und können den Kampf aushalten. Wenn der Kampf schließlich für uns keinen vollen Erfolg bringt, so wird er doch sicherlich zeigen, daß wir uns betreffs der Lohnverhältnisse und des Arbeitsnachweises nicht der Willkür des Kartells der Arbeitgeber beugen. Es ist von gewisser Seite behauptet worden, daß der Arbeitgebernachweis unparteiisch und zur größten Zufriedenheit der Arbeiter vermittle. Dagegen spricht die Tatsache, daß im vorigen Jahre in München auf einigen Bauten nur solche Arbeiter angenommen worden sind, die durch den Nachweis gesandt worden waren. An einigen Stellen durften die Maurer erst dann weiter arbeiten, als sie sich von dem Nachweis Karten besorgt hatten, das heißt also nachvermittelt worden waren. Außerdem kann man überall Klagen darüber hören, daß schwächliche oder ältere Bauarbeiter lange Zeit hingezogen und schließlich gar nicht vermittelt werden. Schon aus diesen beiden Gründen ist ein Paritätsverhältnis durchaus notwendig.

Die in dem neuen Vertrag hinzugesetzte Klausel, daß beide Organisationen bei Einführung der Akkordarbeit weder förderlich noch hinderlich eingreifen sollen, bietet eine schwere Gefahr nicht nur für uns und unser Gewerbe, sondern auch für die öffentliche Sicherheit. Ich behaupte nämlich, daß durch den Akkord die Pfuscharbeit in schlimmster Form gezüchtet wird. Bekanntlich wird bei einer Akkordarbeit nach der Zahl der vermauerten Steine oder nach dem Kubikmeter fertiggestellten Mauerwerks berechnet. Da findet man dann sehr oft, daß Akkordbauten zwar äußerlich sehr hübsch verputzt, innerlich aber auf die leichtsinnigste Weise verbaut sind. Häufig werden die Mauerträger statt mit solidem Material mit Schutt verbaut, und das alles nur, um möglichst viel Arbeitslohn herauszuschlagen. Stürzt dann einmal ein solcher Bau ein, so trägt der Unternehmer einen großen Teil der Schuld daran. Es ist deshalb nur wünschenswert, wenn wir wie bisher auch weiter gegen die Akkordarbeit ankämpfen, die dank unseren Bemühungen in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen ist.

Falls die Unternehmer auf ihrem Verbandstage unsere berechtigten Paritätsforderungen nicht anerkennen, werden wir den Kampf aufnehmen, der, wie ich hoffe, zu unseren Gunsten entschieden wird."

Deutsches Reich.

Jagow-Wirtschaft in Bremen.

Die Behörden der freien Hansastadt Bremen geizen nach dem Ruhm, die Jagowerei noch zu überbieten. Die Polizei hat alle Versammlungen unter freiem Himmel und alle Ansammlungen in den Straßen und auf öffentlichen Plätzen verboten, soweit sie nicht ausdrücklich polizeilich genehmigt sind. Bei Zuwiderhandlungen soll der Polizeisäbel Arbeit erhalten. Als Antwort auf das Vorgehen der Polizei sollen am kommenden Sonntag sechs Volksversammlungen stattfinden, die den Polizeimaßnahmen Stellung nehmen werden.

M. T. B. meldet aus Bremen: Nach Schluß einer sozialdemokratischen Versammlung versuchte am Mittwoch ein Teil der Versammlungsbesucher vor das Rathaus zu ziehen, um dort zu demonstrieren, wurde aber von der Polizei auseinandergetrieben.

Zur gesetzlichen Regelung der Sonntagsruhe

wird dem Reichstag höchst wahrscheinlich im nächsten Winter eine Vorlage zugehen; über ihren Inhalt bestehen aber noch keine festen Beschlüsse. Es steht, wie offiziös bemerkt wird, noch nicht einmal fest, ob die beiden verschiedenen Gebiete, auf denen eine Regelung der Sonntagsruhe in Aussicht genommen ist — in Kontoren und offenen Verkaufsstellen —, eine gemeinsame gesetzliche Regelung finden würden. Beratungen zwischen der Reichsregierung und dem zuständigen preußischen Ressort hätten allerdings schon seit längerer Zeit stattgefunden, jedoch könne von einem endgültigen Entwurf gegenwärtig keine Rede sein. Daß im allgemeinen eine Erweiterung der jetzt geltenden Bestimmungen über die Sonntagsruhe der Grundgedanke der kommenden Neuregelung sein werde, dürfe man als sicher annehmen. — Ganz unabhängig hiervon haben auch über die Frage einer Neuregelung der gewerblichen Sonntagsruhe Beratungen mit Vertretern der verschiedenen Gewerbezweige stattgefunden, deren Ergebnis aber zunächst in den zuständigen Ressorts auf ihre Verwendbarkeit für gesetzgeberische Maßregeln geprüft werden.

Zur Ordnung gerufen.

Am 14. März war Abg. Dr. Friedberg beim Minister des Innern wegen der eigenartigen Begleiterscheinungen, die bei Auslegung und Einsichtnahme der Wählerlisten im Wahlkreise Oletzko-Lyck-Johannisburg zutage getreten waren. Die Vorstellung hatte dann wenige Tage später durch eine Beschwerde des Generalsekretärs der nationalliberalen Partei eine Ergänzung erfahren, die sich gegen die Verfügung des Landratsamtes Johannisburg vom 18. März richtete, „daß die Wählerlisten nur zur Einsichtnahme, nicht aber zur Abschriftnahme auslägen". Den Beschwerdeführern ist nun bekanntgegeben worden, daß das Ministerium des Innern „die unliebsamen Vorkommnisse" bei der Ersatzwahl in Oletzko-Lyck-Johannisburg gelegentlich der Auslegung der Wählerlisten nicht zu billigen vermöge, daß die betreffenden Landratsämter entsprechend angewiesen worden wären und daß das Landratsamt Johannisburg wegen seiner Entscheidung zur Rechenschaft gezogen sei.

Wenn das Landratsamt so gegen die früheren Blockbrüder der Konservativen vorgeht, wird man sich ein Bild von den Schwierigkeiten entwerfen können, mit denen unsere Genossen in ihrer Agitationsarbeit zu kämpfen haben.

Vom guten Ton.

Wenn in einer sozialdemokratischen Versammlung die gegnerischen Parteien einmal etwas scharf angefaßt werden, heult der ganze Troß der bürgerlichen Presse über den „schlechten Ton" innerhalb der Sozialdemokratie. Daß zu dieser Entrüstung nicht der mindeste Anlaß besteht, beweisen die bürgerlichen Parteien dort, wo sie im Wahlkampf fast völlig unter sich sind. Die Konservativen klagen jeden Tag über das rohe Auftreten der Nationalliberalen im Wahlkreise Lyck-Johannisburg. Die „Nationalzeitung" revanchiert sich nun damit, daß sie einige Proben konservativer Vornehmheit mitteilt. Es heißt da:

Zunächst sprach da der konservative Abgeordnete von Oescher, der sich den äußerst geschmackvollen und noblen Vergleich der nationalliberalen Partei mit einem alten Waschweibe gestattete. Diese Ausführungen waren das würdige Präludium zu der Rede eines anderen konservativen Recken (dessen Namen wohl am besten der Vergessenheit anheimgegeben wird), der gegen den Hansabund als „jüdische Mache" auftrat und seinen Präsidenten Rießer persönlich in einer Art und Weise verunglimpfte, daß sogar das dortige Zentrumsblatt dies auf das entschiedenste verurteilte. Nach den übereinstimmenden Berichten sagte der Herr wörtlich: Der Herr Geh. Justizrat Rießer, der Bundesvorsitzende, sei auch ein Jude. Er habe zwar keine krumme Nase, aber so . . . (der Redner machte hier eine Bewegung, die vom Berichterstattertisch aus nicht bemerkt werden konnte).

Die Konservativen haben in der Jamuschau-Schule brav gelernt!

Maien Furcht.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins Kiel-Gaarden hatte die Genehmigung zu einem Umzuge am 1. Mai nachgesucht. Die Genehmigung wurde versagt. In der Begründung heißt es:

„Die geplante Veranstaltung bedeutet mit Rücksicht auf den für sie gewählten Tag eine Demonstration gegen die heutige staatliche und wirtschaftliche Ordnung. Eine derartige Veranstaltung ist geeignet, in allen der Sozialdemokratie abgeneigten Kreisen Widerspruch herauszufordern und Unruhe und Erbitterung hervorzurufen. Die aus diesen Gegensätzen sich ergebenden Zustände legen in Verbindung mit der durch die Wahlrechtsdemonstration am hiesigen Orte erzeugten allgemeinen Erregung und den gesammelten Erfahrungen die Befürchtung nahe, daß der geplante Umzug zu Ausschreitungen Veranlassung geben wird, wodurch die öffentliche Sicherheit gestört würde."

Da man die Arbeiter als Untertanen stets zweiter Klasse behandelt, kümmert sich die Behörde natürlich nicht darum, daß solche unsinnigen Verbote Unruhe und Erbitterung in weite Kreise tragen müssen.

Die eherne Schnauze.

Die neueste Nummer des Simplizissimus, eine Spezialnummer, die das Erscheinen des Halleyschen Kometen und den Weltuntergang satirisch schildert, ist in Berlin für den Straßenhandel verboten worden. Das Verbot erfolgte wegen des Titelbildes Die eherne Schnauze. Auf diesem von Thomas Theodor Heine gezeichneten Bilde erklärt der liebe Gott dem Satan, daß die ganze Welt zerstört werden müsse. Satan entgegnet, daß man besonderer und stärkerer Mittel bedürfen werde, um die „eherne Schnauze" des Herrn v. Oldenburg tot zu machen. In Charlottenburg wurde die Nummer polizeilich beschlagnahmt.

Der Krieg gegen den Simplizissimus, der besonders in Preußen recht lebhaft geführt wird, hat nur den schönen Erfolg, dem Blatte neue Leser zu gewinnen.

Der Wandelbare.

Vor kurzem wurde behauptet, die Freikonservativen würden den Abg. Varenhorst, der sich vom Nationalliberalen über den Freikonservativen zum strammen Agrarier entwickelte, nicht wieder aufstellen, sondern die Kandidatur dem Freiherrn Oktavio v. Zedlitz übertragen. Die Post erklärt dazu, es sei nicht richtig, daß sich im Wahlkreis Harburg das nächste Mal zwei konservative Kandidaten (also Varenhorst und Zedlitz) gegenüberstehen würden. Das Dementi wird insofern richtig sein, als die Freikonservativen den Dr. Varenhorst eben nicht mehr aufstellen werden, wonach dann v. Zedlitz der einzige konservative Kandidat wäre. Daß die Kandidatur des Herrn v. Zedlitz ernstlich in Erwägung gezogen wird, bestreitet die Post nicht.

Zentrumsreklame.

Vor kurzem teilten wir mit, daß das Fränkische Volksblatt in Würzburg den Halleyschen Kometen mißbrauchte, um Zentrumsschäflein zu dem „guten Werke" zu ermuntern, das Blatt zu abonnieren. Ebenso erbaulich liest sich folgende Kundgebung des Tauber- und Frankenboten:

In ein katholisches Haus gehört auch eine katholische Zeitung. Auch das kaufende Publikum soll darauf sehen, daß es seine Ware bei den Bäckern, Metzgern und Kaufleuten in Zentrumsblättern eingepackt bekommt.

Natürlich ist nichts dagegen einzuwenden, wenn sich die katholischen Zeitungen als vorzügliches Wurstpapier in empfehlende Erinnerung bringen. In ihrem Sorgen um das Heil der „treuen Katholiken" ist aber die „gute Presse" nicht nur um Wurstpapier besorgt, selbst mit den hohen Butterpreisen sich zu beschäftigen fühlen sich die „Sonntagsglocken" und die „Kirchlichen Nachrichten" gedrungen. Und zwar in der Weise, daß sie an Berliner Verkäufer von Margarine und Palmin ein Rundschreiben versenden, in dem es heißt:

Wie wir aus ganz sicherer Quelle wissen, lagern hier in den Kühlhäusern über 400 000 Tonnen Butter, welche Spekulanten billig aufgekauft haben und nun zurückhalten, um durch Knappheit der Ware die Preise in die Höhe zu treiben und dadurch Riesengewinne in die Tasche zu stecken. Möchten Sie vielleicht mithelfen, diesen Leuten entgegenzuwirken! Jetzt oder nie! Jetzt bietet sich eine günstige Gelegenheit, um neue Kundschaft zu bekommen. Hier in Großberlin leben ca. 300 000 Katholiken, welche sonst durch andere Reklame kaum erreicht werden können. Alle Stände sind da vertreten. Möchten Sie da einmal festen Fuß fassen? Inserieren Sie einmal! Wir liefern für 21 Kirchengemeinden die Kirchlichen Nachrichten, die jeden Sonntag während des Vormittags an 21 Kirchen verbreitet werden.

Es ist ein erhebender Zug, Seelenstärkung mit Margarine-Reklame so fürsorglich zu verbinden!

Vom Wahlkampf in Posen.

Am nächsten Freitag findet in Posen die Ersatzwahl statt. Der polnische Mitbewerber um das Mandat, Nowicki, hatte erklärt, er werde, nachdem Sosinski durch Losentscheid aufgestellt worden sei, diese Kandidatur unterstützen. Trotzdem verlief eine polnische Wählerversammlung am 4. April für die Kandidatur Sosinski überaus stürmisch. Sosinski konnte nur gelegentliche Bemerkungen machen. Er wurde von seinen Gegnern niedergeschrien. Die Anhänger Nowickis hossen bestimmt, diesen gewählt zu setzen. Sie agitieren auf das eifrigste für ihn.

Deutsch-schwedische Handelsbeziehungen.

Der Entwurf neuen schwedischen Zolltarifs ist unlängst dem schwedischen Reichstag zur Beratung unterbreitet worden. Wie der Handelsvertragsverein erfährt, beabsichtigen die maßgebenden Kreise eine Durchberatung nach Möglichkeit zu beschleunigen, und hoffen, daß schon etwa Mitte Mai d. J. erledigt sein wird. Wird diese Absicht verwirklicht dürften die Vertragsverhandlungen mit Deutschland bereits im Juni beginnen.

Nur aus „Gesundheitsrücksichten".

Die Anzeichen der bekannten Ministerkrankheit beginnen sich jetzt bei dem preußischen Minister des Innern, v. Moltke, in recht auffälligem Maße einzustellen. Vor kurzem weilte er in Westfalen, um, wie in bürgerlichen Blättern mitgeteilt wird ein Gut zu kaufen. Jetzt wird außerdem gemeldet, daß er sich längst mit dem Gedanken getragen habe, nach Erledigung der Wahlreform aus seinem Amte auszuscheiden und zwar, wie bestimmt versichert wird, nur aus Gesundheitsrücksichten.

Der nationalliberale Held. Der vor einiger Zeit wegen zweifelhafter Geldgeschäfte von seinem Mandat zurückgetretene Reichstagsabgeordnete Held ist im Wahlkreis Verden wieder nationalliberaler Reichstagskandidat aufgestellt worden. Das Hervorstechende des Helden während seiner parlamentarischen Tätigkeit bestand darin, daß er mit großem Eifer für die höhere Besteuerung der Zigaretten tätig war. Aus nationalliberalen Kreisen liegt noch keine Nachricht vor, welche Stellung man dort zu dieser erneuten Kandidatur einnimmt.

Die Sperre gegen Dänemark. Das dänische Landwirtschaftsministerium hat entgegen den bestehenden dänischen Gesetzesbestimmungen beschlossen, das in Deutschland beanstandete Rindvieh auf dem Wege des Seetransportes ausnahmsweise wieder nach Dänemark zurückzulassen, doch muß es bei der Ankunft sofort geschlachtet werden. Es handelt sich um 3000 Stück Rindvieh.

Eine Interpellation über das Mülheimer Eisenbahnunglück wird vom Zentrum in den nächsten Tagen im preußischen Abgeordnetenhause eingebracht werden.

Elsaß Lothringen. In der Sitzung des Landesausschusses von Elsaß Lothringen kam es am Mittwoch bei Beginn der 3. Lesung des Etats nochmals zu einer Generaldebatte über die Verfassungsfrage. Abg. Dr. Ricklin bemerkte, daß man unter dem preußischen Staatssekretär v. Köller ruhiger gelebt habe als unter dem elsäßischen Freiherrn Zorn v. Bulach. Der Staatssekretär antwortete, daß unter dem jetzigen Statthalter und ihm die Verfassungsfrage einen Schritt vorwärts getan habe.

Die Schwierigkeiten des gegenwärtigen budgetlosen Zustandes soll ein Antrag Labroise beseitigen, der im Etatsgesetz die Gültigkeit vom 1. April 1910 an festgesetzt wissen will. Die rechtliche Zulässigkeit einer derartigen rückwirkenden Bestimmung wird jedoch bestritten.

Lehrer als Gemeinderäte. Der Bezirksausschuß in Elsaß-Lothringen fällte die prinzipiell wichtige Entscheidung, daß Volksschullehrer zum Gemeinderat wählbar seien.

Kleine politische Nachrichten. Der christlich-soziale Bürgermeister in Wien stellte den Vizebürgermeister Dr. Neumayer als Kandidaten für die am 22. April stattfindende Bürgermeisterwahl auf. — Der französische Senat stimmte während der Beratung des Finanzgesetzes der Besteuerung ausländischer Automobile während einer Reise in Frankreich zu; es wurde die von der Kammer auf einen Monat festgesetzte steuerfreie Frist auf vier Monate bemessen. — Das Pariser Gericht beschlagnahmte bei Madame Gauthier Schriftstücke, aus denen hervorgeht, daß sich eine Bande gebildet habe, um Grundstücke, die früher den Kongregationen gehört hatten, an sich zu reißen. — Die serbische Skupschtina begann die Beratung des Budgets für das Jahr 1910. Nach dem Exposé des Finanzministers, der die Finanzlage des Landes als günstig bezeichnete, erklärte der Nationalist Popowitsch namens der nationalistischen sortschrittlichen Opposition, diese werde zum Zeichen des Protestes gegen die große Erhöhung des Budgets an der Debatte nicht teilnehmen.

Ausland.

Türkei.

Zum Aufstand in Nordalbanien

gibt die türkische Botschaft in Berlin folgende Darstellung: Bei Veränderung des Lokalzolles versammelten sich gegen 1000 Einwohner der Umgebung von Prischtina und Voutchitrin und besetzten die verschiedenen dorthin führenden Straßen. Eine Kommission wurde zu ihnen entsandt. Die Manifestanten erklärten jedoch kategorisch, daß sie sich jeder Steuererhebung widersetzen und der Einführung der Reformen nicht zustimmen würden. Am nächsten Tage wurden nun der Gouverneur von Ipek, Ismail Hakki Bey, sowie der Kommandeur des 60 Inf.-Reg., Ruschdi Bey, auf offener Straße angegriffen und letzterer tödlich verwundet. Die Untersuchung ergab, daß das Attentat von einigen Einwohnern der Ortschaft Rika vorbereitet worden war. Der Mörder, ein schon früher zum Tode verurteilter Sträfling, ist flüchtig. Die ganze Bewegung ist dem Umstande zuzuschreiben, daß eine gewisse Anzahl Leute, die unter dem alten Regime alle möglichen Verbrechen ungestraft begehen durfte, sich durch die Wiedereinführung der Konstitution in ihren Machenschaften gehemmt fühlt. Die Regierung hat sofort den Belagerungszustand über Ipek verhängt.

Saloniki, 6. April. Die Arnauten von Prischtina und Umgebung haben bereits alle Straßen verlegt und ihre Gehöfte befestigt. Ein erneutes großes Blutvergießen wahrscheinlich ist. Schewki Pascha begann bereits, unterstützt von Gebirgsartillerie, den Vormarsch und bombardierte mehrere Gehöfte.

Die Zustände in Albanien werden nach Möglichkeit verheimlicht. Jedoch meldet der Tanin: Zehntausend Arnauten besetzten alle Pässe in den Distrikten Lab und Golap und schnitten die Verbindungen ab. Reden gegen die Konstitution wurden gehalten. Die Regierung sandte Hodschas und Zivilbeamte als Vermittler, die aber abgewiesen wurden. Die Aufständischen fordern erstens Abschaffung der in der Konstitution festgelegten Grundprinzipien der Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit, zweitens keine Schulen, keine Bahnen, drittens keine Gendarmen in den Dörfern, viertens Aufhebung des Waffenverbots in den Städten. Die Bevölkerung von Ipek und Djakova sei in Unruhe, weil sie früher große Privilegien hatte, die ihr durch die Verfassung genommen wurden.

Sechs Bataillone des dritten Korps und acht aus Konstantinopel gehen nach Albanien ab.

Amerika.

Sozialistische Siege in Milwaukee.

ak. **Neuyork, 6. April.** Die sozialistische Partei der Vereinigten Staaten hat ihre ersten großen Siege errungen: sie hat in Milwaukee, der zwölftgrößten Stadt der Union, die